

STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG  
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel: Morgenausgabe

Autor:

Purl: [https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119\\_19220224MO](https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19220224MO)

## Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

### Public Domain

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:  
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky  
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:  
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -  
Von-Melle-Park 3  
20146 Hamburg  
[auskunft@sub.uni-hamburg.de](mailto:auskunft@sub.uni-hamburg.de)  
<https://www.sub.uni-hamburg.de>

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich vormals, von 1 bis 12 Uhr Mittags, nur einmal. Preis pro Nummer 5 Pf., monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., halbjährlich 8.50 M., jährlich 16 M. (Postgebühren inbegriffen).  
Für Abnehmer 21. — A.  
Redaktion:  
Hamburger Echo, 11. 1. Stod.  
Verantwortlicher Redakteur:  
Paul Scharf, 11. 1. Stod.  
Erscheinung:  
Hamburg, 11. 1. Stod.  
Verlag:  
Hamburger Echo, 11. 1. Stod.

# Hamburger Echo

Anzeigen die ohne besondere Anweisung 500 A. Familienanzeigen 300 A. Kleine Anzeigen 100 A. Stellen die Seite 3.25 A. Anzeigen in Anhang des Hamburger Echo (bis 7 Uhr abends) für den folgenden Tag, in den Nummern (bis 1 Uhr) und in allen Anzeigenkursen.  
Preis- und Belegbedingungen siehe Geschäftsbedingungen.

## Die Sozialistenkonferenz von Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 23. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Im Gewerkschaftshaus zu Frankfurt a. M. trafen heute die Delegierten der 2. Internationale zu einer Vorbesprechung zusammen. Es waren Deutschland, Holland, Belgien, England und Dänemark vertreten. Von Belgien waren Vandervelde, Guymans, De Man, von England Tom Shaw, Jowett (Präsident der englischen Arbeiterpartei) und Gillies, von Holland Vliegen, von Dänemark Andersen vertreten. Der Vorsitzende des Exekutiv-Komitees der 2. Internationale, der britische Genosse Henderson, blieb infolge der kritischen Lage in England verhindert, an der Konferenz teilzunehmen. MacDonald ist entschuldigend. Die Besprechung tagte unter dem Vorsitz Vanderveldes. Genosse de Man und Genosse Schiff („Vorwärts“-Redaktion) waren als Übersetzer tätig. Die Verhandlung verlief sehr kameradschaftlich und führte zu einer einmütigen Auffassung über die Taktik gegenüber der 2. Internationale 2 1/2 und der 3. Internationale. Einmütig waren die Delegierten der Meinung, daß man der Einladung der Internationale 2 1/2 zu einer gemeinsamen Besprechung am Freitag morgen folgen werde. Gegenüber der 3. Internationale waren alle Redner einmütig für eine starke Zurückhaltung und einen gewissen Mißtrauen. Erst im Laufe des morgigen Tages wird sich in der Verhandlung mit der Internationale 2 1/2 zeigen, welche Möglichkeiten für den Verlauf der internationalen Konferenz gegeben sind.

In der Nachmittags-Sitzung wurde u. a. das Gesuch der Danziger Parteioffiziere auf Anschluß an die Internationale 2 1/2 zum Inhalt entgegengenommen. In der Sitzung des Exekutiv-Komitees der 2. Internationale wurde zu der Unterdrückung Georgiens folgende Entschließung angenommen:  
„Das Exekutiv-Komitee der 2. Internationale hat sich in seiner Sitzung vom 23. Februar erneut mit der Lage des georgischen Volkes beschäftigt. Auf dem Wege der Grundzüge der Demokratie und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, die für die 2. Internationale maßgebend sind, stellt das Exekutiv-Komitee fest, daß es keine andere rechtmäßige Regierung Georgiens gibt, als die aus allgemeiner Wahl hervorgegangene war. Die von der Sowjetregierung vorgelegenen Vertreter können daher auch im internationalen Verkehr wie insbesondere auf der Konferenz von Genoa nicht als Vertreter des georgischen Volkes mitreden.“

Eingehend wurde dann über die Frage diskutiert, wie der internationalen Arbeiterbewegung auf der Konferenz von Genoa zunächst größter Einfluß gesichert werden könne. Das Exekutiv-Komitee einigte sich auf folgende Entschließung:  
„Das Exekutiv-Komitee der 2. Internationale stellt fest, daß die Frage des Wiederaufbaus der Weltwirtschaft, die den wichtigsten Gegenstand der Konferenz von Genoa bilden soll, in erster Linie eine Frage der Arbeiterklasse ist, die in allen Ländern unter der Anarchie der ökonomischen Verhältnisse am schwersten leidet. Es fordert daher die Arbeiterorganisationen auf, alle notwendigen Anstrengungen zu unternehmen, um sich auf der Konferenz von Genoa einen der Größe ihrer Interessen entsprechenden Einfluß zu sichern.“

Das Programm der internationalen Besprechungen in Frankfurt a. M. lautet wie folgt:  
Am Freitag vormittag um 11 Uhr wird eine gemeinsame Sitzung des Exekutiv-Komitees der Internationale 2 1/2 und der 2. Internationale im Rathaus zu Frankfurt a. M. stattfinden. Diese Sitzung wird vermutlich von Friedrich Adler und Tom Shaw geleitet werden. Am Sonnabend soll dann die fünfjänderröner Konferenz beginnen, an der die Sozialisten beider Richtungen von Deutschland, die französischen, die englischen und die italienischen teilnehmen werden. Man nimmt an, daß auch Gäste anderer Länder der beiden Internationales zugelassen sein werden.

## Die französische Angst vor Genoa.

Die „Times“ schreibt zu der bevorstehenden Zusammenkunft Lloyd Georges mit Poincaré: An erster Stelle unter den politischen Fragen steht die Haltung der Alliierten gegenüber den Sowjetrussen und Deutschland. England und Frankreich müßten zu einem klaren und festen Lebensentwurf gelangen, das die Zulassung der Sowjetrussen, aber unter keinen Umständen eine Anerkennung der Sowjetregierung bedeute. Die Verhandlungen auf der Konferenz von Genoa gegenüber Deutschland seien nicht weniger notwendig als gegenüber Rußland. Deutschland habe sich verpflichtet, den Friedensvertrag von Versailles zu durchzuführen. Die gesamte Wirtschaftslage Deutschlands müsse erogen werden, bevor die Alliierten mit Deutschland auf der Konferenz zusammentreten. Die Alliierten wüßten, daß Deutschland vorzüglich die Politik des Staatsbankrotts verfolge. Deutschland könne aber gewonnen werden, der Ausgabe des Papiergeldes Einhalt zu tun und den Marktwert wieder zu heben. Die Deutschen und Russen verstanden, England und Frankreich auseinander zu bringen. Das einzige Mittel, um den Sowjetrussen und Deutschen das Sanktionsrecht zu legen (1) ist ein englisch-französisches Lebensentkommen, um das sich andere Nationen kümmern. Die erste Bedingung eines solchen Lebensentkommens ist die volle Lebensentkommung in der Politik, die gegenüber den russischen Sowjetrussen und Deutschland befolgt werden sollte, sowie die Aufrechterhaltung des Versailles-Vertrages, an dem irgendwelche Änderungen nur vorgenommen werden könnten durch die Organe, die den Vertrag selbst geschaffen, nämlich durch die Reparationskommission und den Völkerbund.

## Preussischer Staatsrat.

Der Beginn der Ausrückung des preussischen Staatsrates am Donnerstag verlor der Vorsitzende ein von den beiden Kommunisten Scharf und Herbst unterzeichnetes Schreiben, das sie aus der kommunistischen Fraktion des Staatsrates ausgeschieden seien. Die Verlesung wurde vor allem deshalb mit großer Beifriede aufgenommen, weil namentlich nur noch ein einziger „echter“ Kommunist im Staatsrat vorhanden ist, ein Abgeordneter aus Darmstadt. Da nach der Geschäftsordnung zur Bildung einer Fraktion mindestens 10 Mitglieder notwendig sind, werden die Kommunisten in Zukunft im Reichstag und in den Ausschüssen nicht mehr vertreten sein. Die Beifriede ereignete ihnen Höflichkeit, als der deutliche Genosse Dr. Steingart mit freundlich-liebender Gebärde zu den ausgeschiedenen Kommunisten hinüberging und sie ermunerte, auf den Bänken der Rechten Platz zu nehmen.  
Eine politische Debatte gab es noch bei der Beratung der Wirtschaftsausschüsse. Wo die Rechte abermals einen Vorstoß gegen die Reichsregierung und den Reichstag verfuhrte. Genosse Merschfeld wies diesen Vorstoß namens der Sozialdemokratie scharf zurück und leugnete das System, das in diesem Vorstoß klar erkennbar sei. Es handelt sich um eine Politik, die sie im Reichstag von den Reichsparteien gegen die Regierung durch getrieben wird. Der Vorstoß wurde dem auch abgelehnt.

Die vorläufige Krise ist laut Savas ohne Unterbrechungen beendet, und zwar einsehend mit dem Ergebnis, daß die republikanische Gruppe gestützt wurde. Die Gewerkschaften sind der Erneuerung des Reichstages durch die Reichsversammlung im Jahre 1919 die herrschende Kraft in der inneren Politik des Landes.

## Deutscher Reichstag.

176. Sitzung.  
Donnerstag, 23. Februar, nachmittags 2 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhebt der Abgeordnete Warz (Komm.) Einspruch gegen die Auslieferung der beiden Spanier Konzeption und Fort, die des Mordes an dem ehemaligen spanischen Ministerpräsidenten Dato beschuldigt sind. Die preussische Regierung habe Schwebegedanken geäußert. Der Reichstag müsse sofort Stellung nehmen.  
Justizminister Dr. Rabbrück erklärt, er sei bereit, im Rahmen der Aussprache über den auf der Tagesordnung stehenden Justizetat auf die Auslieferung einzugehen.

Der Gesetzentwurf zur Vereinfachung des Aufgabenerfahrens und ebenso der Gesetzentwurf zur Erhöhung der Gebühren für Zeugen und Sachverständige werden unbenommen angenommen. Ferner wird angenommen des Schutzgesetzes für die Wähler Landtags.

## Reichsjustizministerium.

Hoffmann-Baierlaender (SD.): Am besten ist jene Justiz, von der am wenigsten geredet wird. Ueber unser Justiz wird viel geredet. Die Strafrechtliche vom Volke als Beschädigter des Unrechtes. Das Unrecht ist es, es zeigt sich im ganzen Verfahren von der Eröffnung bis zur Urteilsverkündung, es zeigt sich in der Höhe des Niederstandes, es zeigt sich in der Klagenführung des Volkes. Die Justiz dient der herrschenden Klasse. Nur selten nimmt ein Richter aus dem Arbeiterstande. Die Klagenjustiz ist im Klassenstaat ein notwendiges Gewächs. Freilich gibt es auch da und dort einen vorurteilfreien Richter, und wir wissen auch, daß die Richter nicht ausschließlich und bewußt das Recht beugen, aber die Richter sind doch im allgemeinen nicht anders als die Richter, daher die Justiz mit Ansehen der Richter. Ad erinnert an den Richter, der dem Hohenzollernprinzen sofort nach seiner Vernehmung dem Gerichtssaal verlassen ließ. Sie sagen: das sind Kleinigkeiten. Genüß, aber Kleinigkeiten von großer psychologischer Bedeutung. Das Wort hat ein feines Gefühl und ein Verständnis für solche Kleinigkeiten. Ich erinnere an den Fall Kaethe. Sollte nicht der Richter den Arbeiter erschöpfen, sondern der Arbeiter den Richter, dann wäre der Arbeiter länger verhaftet worden. (Zusimmung.) Wenn bei uns eine Verhörschönung der Symbole der Republik gar nicht und eine Verhörschönung der Symbole des alten Regimes scharf bestraft wird, dann sehen wir, daß die Richter die politische Meinung verschiedener Parteien. Jagow wurde gegen Kaution vom Reichsgericht freigesprochen, aber Kommunist Ebel dagegen nicht, obwohl Ebel unschuldig war. Warum nennen wir Sozialdemokraten die Justiz unschuldig. Warum nicht, warum das Sie (nach rechts) sich nicht fragen, warum die Richter sich immer nur nach rechts hin offenbart. Wie lächerlich gering war die Strafe, die der Schiele-Prozess brachte! Die Teilnehmer an kommunistischen Putzungen werden von der Polizei noch nach Jahren aufgefaßt, dieselbe Polizei findet aber nicht die Mörder von Garzig und Erzberger. Sie wird auch den Kaputtten Jagow nicht finden, wenn er nächsten entflieht. (Sehr richtig links.) Wir verstehen, wenn es unter den Richtern Monarchisten gibt. Diese Stimmung entwertet nicht ihren Charakter. Wir wissen, daß es nicht immer die besten Elemente sind, die rasch und leicht ihre politische Überzeugung wechseln. Aber der Richter, der das Urteil „im Namen des Königs“ verurteilt, dürfte seine Stunde länger im Amt bleiben, und wenn Richter bei der Leistung des Eides ohne „Gott“ sitzen bleiben, dann haben wir es mit einer abfälligen Verbindung zu tun. Die Republik darf sich nicht solche Verbindungen durch ihre eigenen Beamten stellen lassen. Der Richterverleih fordert auf, die im republikanischen Richterstand organisierten Richter als befangen abzulehnen. Die Richter, die bei den Reichsjustizminister sitzen, dürfen natürlich nicht als befangen abgelehnt werden. Es ist Zeit, daß die große Justizreform kommt. Sie darf nicht länger verzögert werden. Es muß der Ehre eines Reichsjustizministers sein, hier etwas Großes zu leisten. Wir wissen, daß es der neue Reichsjustizminister Dr. Rabbrück in seinem Amt nicht leicht haben wird. Er hat ja Beziehungen zu den Männern der Republik, sogar zu Toller und Müßmann. Ist das nicht schlimm? Beziehungen zu Revolutionären? Dr. Rabbrück wird dadurch für meine Partei nicht weniger wertvoll. (Zuruf links: Im Gegenteil!) Konjugieren wir doch einmal den Reichstag durch. Die Kommunisten sind revolutionär. Die Unabhängigen und Sozialdemokraten laoren es, und die Herren der Reichsparteien werden es sein. (Sehr richtig.) Selbst die Herren der bayerischen Volkspartei haben einmal vor 70 Jahren gegen die Lola-Wong revolutioniert. (Sehr richtig.) Toller und Müßmann haben in der Revolution ihr Leben riskiert, und solche Revolutionäre werden auch die Achtung des Gewerks. (Sehr gut links.) Auch die Kaputtten hätten bei den Arbeitern eine größere Achtung erfahren, wenn sie mehr persönlichen Mut offenbart hätten. Von diesem hohen Gesichtspunkt aus betrachten wir die

## Frage der Amnestie.

Wir erkennen die Weitergeltung des Reichsjustizministers an; aber die individuelle Vergnadigung reicht nicht aus. Die Frage der Amnestie der politischen Gefangenen auch der in Bayern, muß ein Stück vorwärtskommen. Gerade die Haltung des Reichsgerichts gegenüber den Kaputtten war von großem Einfluß auf die Haltung der Sozialdemokratie in der Amnestiefrage. Die neue Justizreform, das heißt die stärkere Heranziehung der Arbeiter zur Tätigkeit der Richter und Sachverständigen, kann die Klassenjustiz nicht beseitigen und Schwächen und Mängel, die auch die Volksgesetze in Bayern erheblich verschwinden. Von Bayern kommt auch der härteste Widerstand gegen die Beteiligung der Frau an der Rechtspflege. In Bayern ist man der Auffassung, daß es eine Schande sei für einen Mann, von einer Frau abgeurteilt zu werden. Das hat auch das bayerische Justizministerium behauptet und hat dabei von einer Inferiorität des Verstandes der Frau gesprochen. (Sehr richtig links.) Notwendig ist die Reform der Geschworenengerichte. Die Gleichstellung der Geschworenengerichte darf nicht mit dem Dinsten auf die Heiligkeit der Ehe unangemessen gemacht werden. Die Theologen sagen, die Ehe ist eine göttliche Institution. Der Kulturhistoriker sieht die Sache aber etwas anders an. Die Heiligkeit der Ehe ist ein Produkt der geschichtlichen Entwicklung. Nichts ist unheiliger als eine geschaltete Ehe. Wo der Zerfall der Ehe eingetreten ist, ist die Ehescheidung schon im Interesse der Kinder und der Moral notwendig.

Was die Auslieferung der angeklagten Mörder des spanischen Ministerpräsidenten Dato betrifft, so muß ich betonen, daß die Auslieferung nicht unsern Wunsch entspricht. Wir erwarten, vom Reichsjustizminister die Gründe für diese Auslieferung zu hören. Wir Sozialdemokraten betrachten das Nichterkenntnis als ein schweres und hohes Amt. Wer über Leben und Schicksal von Personen und Familien entscheidet, muß sich seiner Verantwortung wohl bewußt sein. Wir wollen einen freien und unabhängigen Richterstand, Richterstand und Öffentlichkeit müssen zusammenarbeiten. (Beifall bei den SD.)

Wurmth (DVP): Dem republikanischen Richterstand ist von vornherein das politische Verkenntnis aufgegeben. Im Falle des Herrn v. Kaethe ersehne eine Verurteilung recht zweifelhaft, da Herr v. Kaethe von dem Arbeiter mit der Art angegriffen wurde und also in Kaethe gehandelt hat.  
Dr. Kahl (DVP): Der generelle Vorwurf der Klassenjustiz ist unrichtig. Die Unrichtigkeit im Namen des Königs kommt von einem untern Beamten. Auf die Erziehung des Leutnants Dittmar sind 50 000 M. ausgelegt. Der republikanische Richterstand spaltet das Richteramt. Wäre ich aber Richter, so würde ich ihm wahrscheinlich betreten (Unruhe links); denn jeder Richter muß auf dem Boden der Verfassung stehen. Gegen ein baldiges Amnestiegesetz erheben wir einstweilen Einspruch.  
Dr. Rosenfeld (USP): Bei der Ehescheidung muß zum Verschuldungsprinzip das Zerrüttungsprinzip hinzutreten. Die unheilbaren Kinder sollten endlich den ehelichen Geschicklichkeit werden. Besonders erfreulich ist, daß der Reichsjustizminister im Ausschuss so warm für den republikanischen Richterstand eingetreten ist. Die Frauen müssen Zutritt zum Gewerkschaftswesen haben. Der Einwurf des Abgeordneten Kahl, daß die Frauen nicht fachwissenschaftlich vorgebildet seien, ist nicht richtig. Sind denn die männlichen Geschworenen, die doch über wissenschaftliche Fragen mit Rechtigkeit urteilen, immer wissenschaftlich vorgebildet? Die Auslieferung der spanischen Sozialisten ist ein deutsches Verbrechen. Die bayerischen Ausschüsse müssen aufgehoben werden. Wie ich höre, ist das Zentrum nicht geneigt. Die Entscheidung

## Die Auslieferung der Datomörder.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der AFDL-Bund veröffentlichten einen Protest gegen die Auslieferung der beiden Mörder an die spanische Regierung. Die Unterzeichner der Erklärung erblicken in dem Auslieferungsbefehl eine Handlung, die ihre Auffassung von Recht und Gerechtigkeit und internationaler Gerechtigkeit ins Gesicht schlägt und die berechtigten Entrüstung bei den freilich geistigen Deutschpreussikern hervorgerufen müsse.

Ueber die Ermüdungen, die die Reichsregierung zu der Auslieferung der beiden Mörder veranlassen, erfahren die Mütter, daß zwar der Deutsch-Spanische Auslieferungsvertrag von 1878 die Auslieferung bei politischen Verbrechen ausdient, daß es sich aber in vorliegenden Fall, wie die eingehenden Verhandlungen feststellen haben, um ein Verbrechen handelt, das zu einer Reihe von syndikalistischen Terrorakten gehört. Bei dem Mord war nicht der Umsturz der Staatsverfassung das Ziel, sondern es war ein Racheakt. Die Regierung kam infolgedessen zur Entscheidung, daß die Auslieferungspflicht im vorliegenden Falle nicht befristet werden könne.

## Die Krise im Beamtenbund.

Am 20. Februar fand eine Sitzung des großen Vorstandes des Deutschen Beamtenbundes statt, die sich mit der grundsätzlichen Aussprache über die letzten Ereignisse befaßte. Die Sitzung dauerte bis vor Mitternacht. Wenne, der Vorsitzende der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -amtmänner, verlangte unter harter Betonung des aktiven Mitgliedschafts für die zukünftige Beamtenpolitik freie Bahn für die Überwindung der Krise durch die freilich unheimliche Richtung. Der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Leiter Häger, stellte demgegenüber unter Betonung der geschlossenen Mitgliedschaft des Reichsgewerkschaft über seine Führung die Vertretung der Interessen der mit Mehrheit befaßt wurde. Ein in 6 Wochen anzukommender Bundestag soll in Verfolg des Geschehenen endgültig beschließen.

## Parteinachrichten.

Die unabkömmlichen Reichstagsabgeordneten.  
Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ schreibt: Es ist erklärlich, daß im Hinblick auf die jüngsten wichtigsten politischen Vorgänge in allen Wahlkreisen der Wunsch besteht, Mitglieder der Reichstagsabgeordneten über diese Ereignisse zu hören. Soweit dies irgendwie in ihren Kräften liegt, werden die Abgeordneten diesem Verlangen entsprechen. Oft oder werden die Reichstagsabgeordneten bitten um Verarmungen in den nächsten Wochen abzulehnen müssen. Die parlamentarische Lage mit wichtigen Bestimmungen in den Ausschüssen und im Plenum erfordert die Anwesenheit aller sozialdemokratischen Abgeordneten. Der Reichstag wird bis zum 7. April mit nur kurzen Unterbrechungen tagen, und auch in den Pausen tagen nur Ausschüsse. Wir bitten die Genossen im Lande, auf diese Verhältnisse Rücksicht zu nehmen. Während der Abwesenheit der Reichstagsabgeordneten vom 7. April bis zum 25. April dauern wird, sind sicher alle Abgeordneten zu einer Reihe von Verarmungen bereit.

## Preussischer Landtag.

Telephonischer Bericht.  
105. Sitzung.  
Donnerstag, 23. Februar, mittags 12 Uhr.

Rag (R.) beantragt zur Geschäftsordnung, an erster Stelle einen Antrag seiner Fraktion zu behandeln, worin die Auslieferung der angeklagten Mörder Dato als schimpfliche Verletzung des internationalen Völkerrechts bezeichnet und von der Regierung verlangt wird, auf sofortige Freilassung hinzuwirken. Die kurze Antwort der Regierung auf unsere Anfrage hierüber ist wider besseres Wissen erfolgt. (Ordnungsruf. — Abg. Schöler (R.) ruft: Der Minister hat also das Recht, zu sagen. — Präsident Heinert: Herr Abgeordneter Schöler, Sie fördern die Arbeit besser, wenn Sie schweigen. Beifall.) Da die Rechte widerspricht, kann über den nur handschriftlich vorliegenden Antrag nicht verhandelt werden.

Siegruf wird die Besprechung über den Kultusetat beim Abchnitt Kunst fortgesetzt.  
Bühnen (DVP): Der Reigen- und der Galla der Reichs- und Provinzialtheater der Zeit. Der weise Savas muß von ungenügender Verantwortung befreit werden. Die kurze Antwort der Regierung auf unsere Anfrage hierüber ist wider besseres Wissen erfolgt. (Ordnungsruf. — Abg. Schöler (R.) ruft: Der Minister hat also das Recht, zu sagen. — Präsident Heinert: Herr Abgeordneter Schöler, Sie fördern die Arbeit besser, wenn Sie schweigen. Beifall.) Da die Rechte widerspricht, kann über den nur handschriftlich vorliegenden Antrag nicht verhandelt werden.

Siegruf wird die Besprechung über den Kultusetat beim Abchnitt Kunst fortgesetzt.  
Bühnen (DVP): Der Reigen- und der Galla der Reichs- und Provinzialtheater der Zeit. Der weise Savas muß von ungenügender Verantwortung befreit werden. Die kurze Antwort der Regierung auf unsere Anfrage hierüber ist wider besseres Wissen erfolgt. (Ordnungsruf. — Abg. Schöler (R.) ruft: Der Minister hat also das Recht, zu sagen. — Präsident Heinert: Herr Abgeordneter Schöler, Sie fördern die Arbeit besser, wenn Sie schweigen. Beifall.) Da die Rechte widerspricht, kann über den nur handschriftlich vorliegenden Antrag nicht verhandelt werden.

Siegruf wird die Besprechung über den Kultusetat beim Abchnitt Kunst fortgesetzt.  
Bühnen (DVP): Der Reigen- und der Galla der Reichs- und Provinzialtheater der Zeit. Der weise Savas muß von ungenügender Verantwortung befreit werden. Die kurze Antwort der Regierung auf unsere Anfrage hierüber ist wider besseres Wissen erfolgt. (Ordnungsruf. — Abg. Schöler (R.) ruft: Der Minister hat also das Recht, zu sagen. — Präsident Heinert: Herr Abgeordneter Schöler, Sie fördern die Arbeit besser, wenn Sie schweigen. Beifall.) Da die Rechte widerspricht, kann über den nur handschriftlich vorliegenden Antrag nicht verhandelt werden.

Siegruf wird die Besprechung über den Kultusetat beim Abchnitt Kunst fortgesetzt.  
Bühnen (DVP): Der Reigen- und der Galla der Reichs- und Provinzialtheater der Zeit. Der weise Savas muß von ungenügender Verantwortung befreit werden. Die kurze Antwort der Regierung auf unsere Anfrage hierüber ist wider besseres Wissen erfolgt. (Ordnungsruf. — Abg. Schöler (R.) ruft: Der Minister hat also das Recht, zu sagen. — Präsident Heinert: Herr Abgeordneter Schöler, Sie fördern die Arbeit besser, wenn Sie schweigen. Beifall.) Da die Rechte widerspricht, kann über den nur handschriftlich vorliegenden Antrag nicht verhandelt werden.

Siegruf wird die Besprechung über den Kultusetat beim Abchnitt Kunst fortgesetzt.  
Bühnen (DVP): Der Reigen- und der Galla der Reichs- und Provinzialtheater der Zeit. Der weise Savas muß von ungenügender Verantwortung befreit werden. Die kurze Antwort der Regierung auf unsere Anfrage hierüber ist wider besseres Wissen erfolgt. (Ordnungsruf. — Abg. Schöler (R.) ruft: Der Minister hat also das Recht, zu sagen. — Präsident Heinert: Herr Abgeordneter Schöler, Sie fördern die Arbeit besser, wenn Sie schweigen. Beifall.) Da die Rechte widerspricht, kann über den nur handschriftlich vorliegenden Antrag nicht verhandelt werden.

Siegruf wird die Besprechung über den Kultusetat beim Abchnitt Kunst fortgesetzt.  
Bühnen (DVP): Der Reigen- und der Galla der Reichs- und Provinzialtheater der Zeit. Der weise Savas muß von ungenügender Verantwortung befreit werden. Die kurze Antwort der Regierung auf unsere Anfrage hierüber ist wider besseres Wissen erfolgt. (Ordnungsruf. — Abg. Schöler (R.) ruft: Der Minister hat also das Recht, zu sagen. — Präsident Heinert: Herr Abgeordneter Schöler, Sie fördern die Arbeit besser, wenn Sie schweigen. Beifall.) Da die Rechte widerspricht, kann über den nur handschriftlich vorliegenden Antrag nicht verhandelt werden.

Siegruf wird die Besprechung über den Kultusetat beim Abchnitt Kunst fortgesetzt.  
Bühnen (DVP): Der Reigen- und der Galla der Reichs- und Provinzialtheater der Zeit. Der weise Savas muß von ungenügender Verantwortung befreit werden. Die kurze Antwort der Regierung auf unsere Anfrage hierüber ist wider besseres Wissen erfolgt. (Ordnungsruf. — Abg. Schöler (R.) ruft: Der Minister hat also das Recht, zu sagen. — Präsident Heinert: Herr Abgeordneter Schöler, Sie fördern die Arbeit besser, wenn Sie schweigen. Beifall.) Da die Rechte widerspricht, kann über den nur handschriftlich vorliegenden Antrag nicht verhandelt werden.

## Die Auslieferung der Datomörder.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der AFDL-Bund veröffentlichten einen Protest gegen die Auslieferung der beiden Mörder an die spanische Regierung. Die Unterzeichner der Erklärung erblicken in dem Auslieferungsbefehl eine Handlung, die ihre Auffassung von Recht und Gerechtigkeit und internationaler Gerechtigkeit ins Gesicht schlägt und die berechtigten Entrüstung bei den freilich geistigen Deutschpreussikern hervorgerufen müsse.

## Die Krise im Beamtenbund.

Am 20. Februar fand eine Sitzung des großen Vorstandes des Deutschen Beamtenbundes statt, die sich mit der grundsätzlichen Aussprache über die letzten Ereignisse befaßte. Die Sitzung dauerte bis vor Mitternacht. Wenne, der Vorsitzende der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -amtmänner, verlangte unter harter Betonung des aktiven Mitgliedschafts für die zukünftige Beamtenpolitik freie Bahn für die Überwindung der Krise durch die freilich unheimliche Richtung. Der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Leiter Häger, stellte demgegenüber unter Betonung der geschlossenen Mitgliedschaft des Reichsgewerkschaft über seine Führung die Vertretung der Interessen der mit Mehrheit befaßt wurde. Ein in 6 Wochen anzukommender Bundestag soll in Verfolg des Geschehenen endgültig beschließen.

## Parteinachrichten.

Die unabkömmlichen Reichstagsabgeordneten.  
Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ schreibt: Es ist erklärlich, daß im Hinblick auf die jüngsten wichtigsten politischen Vorgänge in allen Wahlkreisen der Wunsch besteht, Mitglieder der Reichstagsabgeordneten über diese Ereignisse zu hören. Soweit dies irgendwie in ihren Kräften liegt, werden die Abgeordneten diesem Verlangen entsprechen. Oft oder werden die Reichstagsabgeordneten bitten um Verarmungen in den nächsten Wochen abzulehnen müssen. Die parlamentarische Lage mit wichtigen Bestimmungen in den Ausschüssen und im Plenum erfordert die Anwesenheit aller sozialdemokratischen Abgeordneten. Der Reichstag wird bis zum 7. April mit nur kurzen Unterbrechungen tagen, und auch in den Pausen tagen nur Ausschüsse. Wir bitten die Genossen im Lande, auf diese Verhältnisse Rücksicht zu nehmen. Während der Abwesenheit der Reichstagsabgeordneten vom 7. April bis zum 25. April dauern wird, sind sicher alle Abgeordneten zu einer Reihe von Verarmungen bereit.

## Arbeiter- und Angestelltenbewegung.

Zur Lohnbewegung der Feinmechaniker.

In einer hart blickenden Verarmung der Feinmechaniker am 21. Februar erhaltete der Kollege Viegmann einen ausführlichen Bericht über das Ergebnis der letzten Lohnverhandlungen. In der Diskussion wurde von allen Rednern in scharfer Debatte zum Ausdruck gebracht, daß in dem von den Arbeitgebern gemachten Angebot in seiner Weise ein Ausweichen für die bestehenden Verzerrung zu erblicken ist. Die Verhandlungskommission wurde beauftragt, genau mit den Arbeitgebern in Verhandlungen einzutreten, um eine den angestrebten Verhältnissen entsprechende Entlohnung herbeizuführen. Bei der gebührenden Abmilderung wurde das Angebot der Arbeitgeber mit großer Majorität abgelehnt. Nachdem der Kollege Viegmann noch einige Ausführungen über das Genossenschaftswesen machte, erfolgte einhellig die Verarmung.

## Lohnverhandlungen in der Schokoladen-, Zuckerwaren-, Bad- und Feinmechanikindustrie.

Am 22. Februar tagte im Gewerkschaftshaus eine stark besuchte Verarmung obiger Branchenangehöriger. Die Verhandlungsergebnisse sind über die am 16. und 18. Februar in Leipzig stattgefundenen Lohnverhandlungen. Bei diesen Verhandlungen ist es zu einem Lohnprovisorium gekommen, das bis Mitte März gelten soll, dann werden neue Verhandlungen stattfinden, die gleichzeitig bezüglich der Ortszulage eine Neuregelung bringen sollen.  
Es erhalten auf die obigen Löhne die Feinmechaniker 0,75 bis 1,25 M., die Schokoladenarbeiter 0,50 bis 1,15 M., Arbeiterinnen 40 bis 65 Pf. pro Stunde, hinzu kommen dann noch 20 % Ortszulage.  
Die Verarmung brachte in erregter Ausprägung ihren Unwillen über das Angebot der Arbeitgeber zum Ausdruck und erforderte für den Prozeß gegen den Lohnverarmung. Die Verarmung werden in Betriebsverarmungen zu den im März stattfindenden Verhandlungen Stellung nehmen und dann der Verhandlungsergebnisse unterbreiten.

## Eine verurteilte „Ehrenrettung“ der Konditorei.

5. Die Konditorei, Hamburg, Goyer Markt 48/50.  
Der sonst obiger Firma nicht beauftragte Betriebsrat ist nach dem Streit im Konditoreibetriebe zu einer Erklärung verarmung worden, die in der bürgerlichen Presse als Insuper erschienen und außerdem im Lokal in recht auffälliger Weise ausliegt. Wir beneiden den Betriebsrat nicht um diese Erklärung. Das Publikum wird aus dem Nachstehenden zur Genüge erkennen, in welchem Zusammenhang man denartige Verarmungen zu beneiden hat. Seit 1919 bemüht sich die zuständige Organisation der Arbeiter, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der angestellten der Firma Giese zu regeln, weil diese sehr willkürlich und eigenmächtig von dem Inhaber festgesetzt wurden. Die Gruppe der Gewerkschaften war anlässlich der Tarifregelung im Gaste- und Seemannsbetriebe im Mai 1919 einmal nach daran, in dem Gaste- und Seemannsbetriebe zu kommen. Was tat der Inhaber? Er trat schnell aus dem Bereich der Gewerkschaften aus, überließ die Tarifregelung den übrigen Cafébesitzern und drückte sich so, wenig nobel, um eine allgemeine Verarmung. Die Gewerkschaften hatten in dieser „Affäre“ ihres Gastes nicht gerechnet und hatten das Nachsehen. Im November 1919 wurde dann der Gewerkschaften unter Anführung der Entlohnung eine fünfprozentige Entlohnung vom Umsatz aufgegeben, bezugslos, daß die jungen Mädchen den Ausschlag von 6 % selbst von den Gästen erheben mußten. (Siehe dergestalt Preisliste.) Diese Form der Entlohnung brachte den Mädchen viel Ärger und Verdruß, weil sich viele Gäste dagegen auflehnten. In dieser Angelegenheit wurde der Schlichtungsausschuß angezogen. Dieser entschied sich für eine feste Entlohnung. In derselben Sitzung wurde die Entlohnung eines Seemannsbetriebs als unbedeutend erklärt; sie hatte als Mitglied des Betriebsrates müßig die Unterfertigung verweigert und wurde brutal entlassen. Die Firma mußte bei den Verhandlungen dem Mädchen das beste Zeugnis ausstellen, auch der Mut des Mädchens wurde anerkannt. Trotzdem ist auch der Demobilisations-

## Hamburger Börse am 23. Februar.

Bei ruhigem Geschäft nahm der Devisenmarkt eine schwache Haltung an. Der Börsenbericht wurde bereits für Holland 8850, England 957 und New York 217. Eine große Zurückhaltung trat ein. Die Börse selbst brachte dann eine weitere, wenn auch nur kleine Abschwächung. Wertpapiermarkt ist, daß der Kurs für Devisen-Derivat in letzten Tagen ebenfalls fast 100 Kronen konnte man heute zu 5 M. und darunter haben.  
Hamburger amtliche Notierungen: Holland 8297 (am Mittwoch 8410) — England 956 (991) — New York 215 (217) — Dänemark 4540 (4590) — Frankreich 1976 (1982).

